

Arbeit über alles?

Darf die Integration in den Arbeitsmarkt zum Maß aller Dinge werden?

Die Schweiz gilt als eines der reichsten Länder der Welt. Am 30 Juni 2011 titelt die Neue Zürcher Zeitung „Markant weniger Arbeitslose“. Im ersten Quartal 2011 sank die Quote der Erwerbslosen gemäss Definition des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) von 5,1 auf 4,4 %. Im EU-/Efta-Raum verzeichnete einzig Norwegen mit 3,3% eine geringere Erwerbslosenquote als die Schweiz.



Gisela Hauss

*1956

Prof. an der Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit.

gisela.hauss
@fhnw.ch

In diesem Heft geben Schweizer Forscherinnen und Forscher Einblick in den gesellschaftlichen Umgang mit Armut in einem reichen Land. Auch wenn die Quote der Erwerbslosen gering ist und Armut weitgehend unsichtbar bleibt, ist sie doch vorhanden und prägt Lebenswelten und Biographien, beschämender und individualisierter vielleicht als dort, wo es offensichtlich ist, dass keine Arbeit zu finden, strukturelle Ursachen hat. „Armut in der reichen Schweiz“ – das gibt’s, stand so auch im letzten Jahr in der Ankündigung der Ausstellung eines städtischen Sozialamtes im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Die hohe Lebensqualität gilt nicht für alle. Rund jede zehnte Person in der Schweiz lebt in einer prekären Lebenslage. Das sind Frauen, Männer und sehr viele Kinder. Nach Schätzung der Caritas sind 700.000 bis 900.000 Menschen so arm, dass sie Anspruch auf sozialstaatliche Hilfe haben. Und doch sieht man sie kaum, Armut in der reichen Schweiz ist eine versteckte Armut.

Die Schweiz ist in einem „Changing Europe“ kein Sonderfall. Wie in den anderen westlichen Industriestaaten ist in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik das Paradigma der Aktivierung angekommen. Menschen mit einem „unglücklichen Verhältnis zur Arbeit“ – wie es Robert Castel formuliert – sehen sich plötzlich am Rand

der Gesellschaft, in einer Zone, in der das Eis dünn ist und der Abstieg oder gar die Entkoppelung droht. Im heutigen Sozialstaat werden die Freiräume enger, in denen sich Erwerbstätige dem Verkauf ihrer Arbeitskraft, wenn auch vorübergehend, entziehen können, etwa um Erziehungs- und Versorgungsarbeiten nachzukommen. Das Recht auf staatliche Unterstützung setzt Gegenleistungen der Betroffenen voraus. Auch in der Schweiz investiert man zunehmend weniger in direkte Unterstützungsleistungen. Staatliche Investitionen fließen vielmehr in die Förderung von Humankapital. Die Vermittelbarkeit in den Arbeitsmarkt soll gefördert werden, dieses Prinzip steht über allem.

Konkret zeigte sich die Neuorientierung der Schweizer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bereits ab Mitte der 90er Jahre im Bereich der Arbeitslosenversicherung. Es folgten Revisionen in der Sozialhilfe (2005) und Invalidenversicherung (2008). Aktuell sind erneute Revisionen der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung Thema einer heftig geführten politischen und öffentlichen Debatte. Es entstand ein – in seiner föderalen Struktur und den vielfältigen Zuständigkeiten von Bund, Kantonen und Gemeinden – nahezu unüberschaubaren Markt von Arbeitsintegrations-, Beschäftigungs- und Bildungsmaßnahmen. Neben Sozialfirmen haben sich Programme für vorübergehende Beschäftigung (PvB) als zweiter Arbeitsmarkt fest installiert. Im Bildungsbereich hat sich ein ganzes System von Kursen und Programmen entwickelt mit dem Ziel der Übergangsbegleitung zwischen

Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt. Alle diese Programme segeln unter der Fahne „Integration in den Arbeitsmarkt“.

Die in diesem Heft versammelten Beiträge untersuchen die Praxis, die sich hinter dem allgemeinen Anspruch der Arbeitsintegration verbirgt. Peter Schallberger untersucht die sogenannten Sozialfirmen, die in verschiedenen Kantonen an neun Betriebsstandorten 11.000 Sozialhilfempfehlungen beschäftigen. Er diskutiert die Praxis dieser Einrichtung des zweiten Arbeitsmarktes aus rechtlicher und professionstheoretischer Sicht. Bettina Wyer stellt Forschungsergebnisse zu den Programmen für vorübergehende Beschäftigung vor. Sie zeigt, wie in der Verschränkung einer sozialpolitischen und arbeitsmarktlichen Logik die normative Kraft der Aktivierungspolitik in den Programmen gestärkt wird. Angela Rein und Dorothee Schaffner stellen Ergebnisse ihrer Forschung zu bildungsbiographischen Verläufen von ehemaligen Jugendlichen aus einem sonderpädagogischen Schulheim vor. Sie analysieren eine weitverbreitete Handlungspraxis der Unterstützungsangebote im Übergang in die Erwerbsarbeit. In dieser scheint die Arbeitsmarkt-orientierung vordringlich und die erlebte lebensweltliche Realität der Zielgruppe gerät aus dem Blick. Der Beitrag von Kurt Wyss untersucht den Begriff Integration theoretisch und provoziert zum Weiter- und Andersdenken. Er entschleierte die Integration, das immer schon positiv besetzte Ziel der Aktivierungspolitik, als eigentliches Problem, das in sich bereits den Ausschluss trägt.

Die Beiträge zeigen, dass die unbedingte Integration in den Arbeitsmarkt ambivalent sein kann, gerade dann wenn man die Lebenswelten der Betroffenen zum Thema macht. Die Soziale Arbeit in ihrer traditionellen Verpflichtung auf lebensweltliche Perspektiven ist hier in besonderem Maß gefordert, ihre eigene Position zu reflektieren und die Ermächtigung ihrer Klienten in ihrer je eigenen Lebenswelt immer wieder einzufordern. ✿